

## **Stadt Haan**

Niederschrift über die

### **1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan**

am Donnerstag, dem 28.01.2021 um 17:04 Uhr  
in der Aula des Schulzentrums Walder Strasse

Beginn:  
17:04

Ende:  
19:00

#### **Vorsitz**

Stv. Bernd Stracke

#### **CDU-Fraktion**

Stv. Monika Morwind

#### **SPD-Fraktion**

Stv. Simone Kunkel-Grätz

#### **WLH-Fraktion**

Stv. Meike Lukat

#### **GAL-Fraktion**

AM Tabea Haberpursch

#### **FDP-Fraktion**

AM Eva-Lotta Dahmann

Vertretung für Stv. Dirk Raabe

#### **Beigeordnete**

Beigeordnete Annette Herz

#### **Schriftführung**

VA Fabian Beyer

#### **beratende Mitglieder**

Frau Gabi Bongard

#### **Vertreter des Seniorenbeirates**

Herr Karlo Sattler

#### **Gäste**

Herr Gärtner

AM Nicola Günther

**Der Vorsitzende Bernd Stracke** eröffnet um 17:04 Uhr die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## Öffentliche Sitzung

### 1./ Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder Vorlage: 50/004/2021

---

#### **Protokoll:**

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** stellt fest, dass alle Anwesenden inzwischen bereits verpflichtet worden seien. Insoweit sei dieser TOP obsolet.

### 2./ Bestellung eines Schriftführers für die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen Vorlage: 50/003/2020

---

#### **Beschluss:**

„Für Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan wird Verwaltungsfachwirt Fabian Beyer als Schriftführer bestellt.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### 3./ Bericht des Seniorenbeirates

---

#### **Protokoll:**

**Hr. Sattler** beginnt seine Ausführungen mit der erfolgten Verabschiedung des alten und der Konstituierung des neuen Seniorenbeirates im Herbst des letzten Jahres. Durch die fünf neuen Mitglieder besteht in den ersten Monaten ein erhöhter Abstimmungsbedarf. Mit Öffnung der Telefon- und Internetanmeldeportale zur Vereinbarung eines Impftermins für die Corona-Schutzimpfung steht für die Haaner Senioren/Innen auch die Impfterminhilfe Haan unter der Telefon-Nummer 02129-2550 zur Verfügung. Der Seniorenbeirat, das Seniorenbüro, die Verwaltungsspitze, die AWO Haan, JUPA, „Wir sind Haan“, Behindertenbeauftragte, Bürger- und Verkehrsverein Gruitzen, CVJM Haan, GAL-Jugend, Junge Union und Jusos haben diese Hilfe installiert, um für die

---

Hochaltrigen (80jährige und älter) die ca. zu 50 % über keinen Internetanschluss verfügen und auch keine helfenden Verwandten haben, die Internetanmeldung übernehmen.

Im Informationsschreiben der Bürgermeisterin sei sowohl diese Nummer als auch die des Seniorenbüros veröffentlicht worden, wobei das Seniorenbüro als Ansprechpartner der mobilitätseingeschränkten Senioren/Innen dienen soll, die keine Möglichkeit haben, zum Impfzentrum in Erkrath zu gelangen. In solchen Fällen sei die Genehmigung von Taxi-Fahrten die Wahl des Mittels. Diese würden über einen Spendenpool finanziert. Mittlerweile habe sich sowohl die Telefonhotline als auch das Internetportal der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KV Nordrhein) als chronisch überlastet und hoch bürokratisch erwiesen. Zahlreichen Bürgern gelang es erst gar nicht, die Warteschleife zu verlassen und bei Internetanmeldung funktioniert der Download-Button für die ausgefüllt mitzubringenden Unterlagen nur, wenn man Tage später erneut die Seite aufruft. Außerdem könnten die Helfer/innen mit einer Email-Adresse nur einen Hochaltrigen anmelden. Zudem verfüge nicht jeder Senior über einen Drucker. Insgesamt sei das Verfahren in NRW als absurd und seniorenfeindlich zu bezeichnen. Die Folge seien jede Menge frustrierte Bürger. Daher musste sich die Impfterminhilfe entschließen, nur noch die Härtefälle zu begleiten. Für die nächste Welle der zu Impfinden (70-80 Jahre), müsse eine Wiederholung dieser Zustände verhindert werden, zumal es sich um eine noch größere Zahl an zu Impfinden handele.

Die seniorenrechtliche Quartiersentwicklung finde derzeit pandemiebedingt nicht statt. Die Alternative eines digitalen Treffens sei zunächst nicht weiter verfolgt worden, da den involvierten Personen der persönliche Kontakt untereinander aber auch zur Dozentin sehr wichtig sei. Als Erfolg sei der UMA-Beschluss des Antrages des Runden Tisches Gruitzen zum Heinhauser Weg zu betrachten. Die öffentliche Toilette in der Innenstadt werde im kommenden Monat ausgesucht, eine Nutzung sei wohl erst im Sommer möglich. Werde diese aufgrund der öffentlichen Toilette im Rathausneubau nicht mehr benötigt, könne sie zum Bahnhof Gruitzen umgesetzt werden. Ferner werde sich der Seniorenbeirat mit dem Thema Fahrradschutzstreifen / Parkplätze an der B 228 beschäftigen. Senioren/Innen hätten sich fragend an den Seniorenbeirat gewandt, weil sie mangels Internetanschluss nicht an der CDU-Umfrage hätten teilnehmen können, ob nicht der Seniorenbeirat eine analoge Umfrage starten könne.

Abschließend erwähnt er die gute Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament (Taschengeldbörse, Einkaufshilfe und Impfterminhilfe) und bittet die anwesenden Fraktionen, sich für eine Gleichstellung des Jugendparlamentes mit dem Seniorenbeirat einzusetzen, dass die Mitglieder des Jugendparlamentes in den Ausschüssen erhalten.

**Stv. Morwind** bedankt sich seitens der CDU-Fraktion bei allen Beteiligten für die Gründung der kreisweit einzigartigen Impfterminhilfe. Sie fragt noch, wie der Seniorenbeirat gedenke, die angekündigte parallele Umfrage umzusetzen.

**Hr. Sattler** erklärt, dass derzeit keine pandemiebedingt keine Umfrage, z.B. Infostände mit Unterschriftslisten, geplant sei. Es gehe zunächst darum, abseits des Internets Meinungen einzuholen. Dabei liege der Fokus nicht auf dem Entweder/Oder, sondern der Suche nach gemeinsamen Lösungen. Fest stehe, dass die Parkhäuser in der Haaner Innenstadt allesamt aus verschiedenen Gründen nicht wirklich für Senioren/Innen geeignet seien.

---

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** bekräftigt, die Impfterminvergabe laufe viel zu bürokratisch ab. Die Verwaltung könne vielleicht noch Hinweise zum Ausfüllen der mitzubringenden Unterlagen ausarbeiten. Der erforderliche Ausdruck der Unterlagen stelle auch keine ökologische Lösung dar, die Informationspolitik der KV Nordrhein sei katastrophal.

**Stv. Lukat** vertritt für die WLH-Fraktion die Auffassung, die Impfung müsse in den Händen der Hausärzte bleiben, da diese ihre Patienten am besten kennen.

**Hr. Sattler** merkt hierzu an, dass es noch keine Impfstoffe gebe, die der Hausarzt verimpfen könne.

### **Beschluss:**

Der Bericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## **4./ Bericht der Behindertenbeauftragten**

---

### **Protokoll:**

**Fr. Bongard** beginnt mit einem Dank aller Behindertenbeauftragter für die Wiederwahl. Derzeit lasse die Pandemie nur wenige Aktionen zu. Dazu gehöre aber die telefonische Sprechstunde. Festzustellen sei aber, dass ein persönlicher Kontakt die Hemmnisse herabsetze. Positiv bewerte sie den Beschluss des UMA auf Antrag des Runden Tisches Gruiten, das Kopfsteinpflaster des Heinhauser Weges abzuschaffen. Ansonsten würden auch im neuen Jahr die Ortsbegehungen fortgesetzt. Ebenso auf der Agenda stünde die barrierefreie Gebäudegestaltung bei städtischen Bauvorhaben und die Innenstadtgestaltung.

### **Beschluss:**

Der Bericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## **5./ Bericht European Home Care**

---

### **Protokoll:**

**Bgo. Herz** leitet mit der Bemerkung ein, pandemiebedingt auf eine Einladung von EHC verzichtet zu haben. Im ständigen Austausch befindlich, habe man sich mit EHC auf ein systematisiertes Berichtswesen geeinigt, welches vorliegend erstmalig umgesetzt worden sei. Zielvereinbarungen hätten nicht stattgefunden, da die durchgeführten Beratungen derzeit eher niederschwellig seien und es oft nur eine Beratung pro Kunde und Sachverhalt gebe.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** erkundigt sich, ob es den Tatsachen entspreche, dass EHC schon seit Februar 2020 keinen Kontakt mehr zu den Ehrenamtlern unterhalte.

**Bgo. Herz** entgegnet, ein Kontakt via Email und Telefon habe immer bestanden, pandemiebedingt könnten aber keine Ehrenamtsschulungen durchgeführt werden.

**Stv. Lukat** fragt, ob die Netzwerkarbeit des EHC in Abstimmung mit der Amtsleitung 50 geschehe.

**Stv. Kunkel-Grätz** möchte noch wissen, welche Aktivitäten mit den Schulkindern unternommen würden und ob Alternativen zu Sprachkursen angeboten würden. Schließlich fragt sie noch nach der Interimsunterkunft Dieker Str. 49 und deren Zukunft.

**Bgo. Herz** führt aus, die Ehrenamtler leisteten weiterhin gute Arbeit und seien der Stadt sehr wichtig. Die Koordination habe die neue Integrationsmanagerin des Sozialamtes übernommen, die zudem damit beauftragt sei, ein Integrationskonzept für die Stadt Haan zu erarbeiten. Die Betreuung der Schul Kinder während der Corona-Pandemie sei kein Vertragsbestandteil mit EHC, von daher bestehe keine Verpflichtung hierzu. Ansonsten würden die vertraglichen Verpflichtungen seitens EHC eingehalten. Die vereinbarten Beratungsleistungen würden solide erbracht. Lediglich beim Berichtswesen hätte auf Intervention des Sozialamtes nachgebessert werden müssen. Die aktuellen Monatsberichte lägen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Auf Nachfrage von **Stv. Morwind** bzgl. eines zu spät beschulten Flüchtlingskindes, erklärt **Bgo. Herz**, diesen Vorgang im Nachgang aufzuklären.

### **Information zu Protokoll:**

*Die angesprochene Jugendliche (15 Jahre alt) wurde mit ihrer Familie am 08.07.2020 in eine städtische Unterkunft aufgenommen. Noch am gleichen Tag wurden die erforderlichen Schritte u.a. für die Schulanmeldung eingeleitet. Am 02.09.2020 teilte der Familienverband jedoch elektronisch mit, dass er aus der Asylbewerberauskunft ausgezogen ist. Auf Nachfrage teilte die Familie ihren Umzug nach Wuppertal mit. Dieser erfolgte per Ummeldung beim Einwohnermeldeamt am 01.09.2020 und geschah eigenmächtig. Insofern wurde der Vorgang aufgrund der nicht mehr bestehenden Zuständigkeit eingestellt und überrascht es insofern nicht, dass die Jugendliche inzwi-*

---

*schen in Wuppertal die Schule besucht.*

*Eine Aufgabe der UK Diekerstraße 49 würde voraussichtlich zu einer weiteren Belegungsverdichtung mit sozialen Spannungen in den anderen Unterkünften führen. Auch im Hinblick auf die Corona-Krise hat es sich bewährt, wenn ausreichend Ausweichmöglichkeiten vorhanden bzw. überwiegend Einzelunterbringungen möglich sind. Mit der UK Diekerstraße 49 können Flüchtlinge zudem auch im Einzugsbereich der Innenstadt untergebracht werden und werden somit nicht auf andere Quartiere verwiesen. Weiterhin wurde und wird im Rahmen der Bauunterhaltung aktiv in die Funktionsfähigkeit der UK Diekerstraße 49 investiert.*

### **Beschluss:**

Der Bericht von European Home Care wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

- 6./ Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung in Haan mit städtischem Personal**  
**- Ergänzungsvorlage zu 50/035/2020: Ausführungen zum Subsidiaritätsprinzip**  
**Vorlage: 50/035/2020/1**
- 

### **Protokoll:**

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** leitet mit der Bemerkung ein, die Vorlage müsse nicht heute abgestimmt werden. Dies reiche nach eingehender Beratung auch in der nächsten Sitzung des SIGA zu den Haushaltsberatungen.

**Bgo. Herz** erläutert die Vorlagen. Basis für die Beschlussvorlage 50/035/2020 sei eine Anfrage der GAL-Fraktion gewesen, aufgrund derer die Verwaltung nach Abwägung von Pro- und Contra-Argumenten zu dem Schluss gekommen sei, die Aufgabe des Sozial- und Integrationsmanagements (SIM) im Sinne der Bewohner der städtischen Unterkünfte mit eigenem Personal gut durchführen zu können. Da im Laufe der politischen Diskussion die Frage nach dem Subsidiaritätsprinzip aufgekommen sei, habe die Verwaltung hierzu noch eine entsprechende Ergänzungsvorlage mit einer rechtlichen Bewertung verfasst. Deren Ergebnis sei, dass es für die hier in Rede stehende Aufgabe keinen automatischen Vorrang für Wohlfahrtsverbände gebe. Einen weiteren Vorteil einer Übernahme der Betreuung der Bewohner/Innen der städtischen Unterkünfte mit eigenem Personal sehe sie in der höheren Flexibilität. So hätte man im Lockdown durchaus Angebote für Schulkinder organisieren können, hätte man die eigene Steuerungshoheit darüber gehabt. Außerdem habe sich gezeigt, wie wichtig es sei, eine Führungskraft für das SIM unmittelbar und dauerhaft vor Ort zu haben, welche die ergebnisorientierte Steuerung der Prozesse verantwortet. Insgesamt gebe

---

es drei Alternativen für die Aufgabenwahrnehmung:

1. erneute Vergabe an einen externen Dienstleister (mit einer stark modifizierten Ausschreibung in Richtung Qualität)
2. Vergabe per Zuwendungsbescheid an einen Wohlfahrtsverband (kaum Steuerungsmöglichkeiten durch die Stadt) oder
3. Aufgabenerfüllung durch städtisches Personal (Begründung vgl. Vorlage)

Bei einer Entscheidung zugunsten der Alternative 3 sei es, wenn dieses rechtlich zulässig sei auch ggfls. möglich, einen Wohlfahrtsverband über Teilaufgaben in die Aufgabenerledigung einzubinden, um dessen Kernkompetenzen im Sinne der Bewohner/Innen der Unterkünfte zu nutzen. Denkbar seien hier folgende Aufgaben (entsprechend der Bitte der Ausschussmitglieder schriftlich zu Protokoll):

- Unterstützung der zugewiesenen Menschen bei der Eingewöhnung (Aufklärung über Rechte und Pflichten, Einweisung in die Unterkünfte, Erläuterung zu Arztbesuchen, Residenzpflicht, Umgang mit Post, Folgen von Schwarzfahren, Jugendschutzgesetz, Einkaufsmöglichkeiten, Klärung besonderer Bedarfe etc.
- Allgemeine Lebensberatung

Dazu gehören regelmäßige Workshops zu:

- alltägliche Haushalts- und Lebensführung
- „Akten-AG“
- „Auszugs-AG“
- Schulden

Dazu kommen noch folgende Aufgaben:

- Terminvereinbarung und im Bedarfsfall begleiten
- Beantragung von Mehrbedarfen
- Informationen, Notfallnummern immer aktuell in den Unterkünften anbringen
- Unterstützung bei der Rückkehr in das Herkunftsland/Förderung der Rückkehrbereitschaft (das betrifft Menschen mit unsicherer Bleibeperspektive, die beim Aufbau einer Existenz im Herkunftsland gefördert werden können, Abschiebungen könnten dadurch verhindert werden)
- Netzwerk zu Beratungsstellen und Projekten aufrechterhalten
- Unterstützung bei der Organisation und Durchführung von Festen (Sommerfest, Tag des Ehrenamtes, Weihnachtsfest)
- Koordination Möbelspenden (diese Koordination ist für Haan nicht geregelt, die Kleiderkammer nimmt keine Möbel an, zurzeit werden die Sachen durch ehrenamtliche Helfer und Bekannte in deren Kreis weitergegeben, eine Koordinierungsstelle gibt es nicht, vieles geht dadurch verloren)

**Stv. Lukat** zeigt sich verwundert darüber, dass nun doch eine Lösung mit Zuwen-

---

dungsbescheid möglich sein solle. Vor der Ausschreibung mit dem bekannten Ergebnis habe Bgm. Dr. Warnecke dem Rat versichert, dass eine Ausschreibung unumgänglich sei.

**Stv. Morwind** fragt nach, ob im Falle eines Zuwendungsbescheides keine Vorgaben gemacht werden könnten.

**Bgo. Herz** legt dar, es sei ein Zuwendungsbescheid mit Nebenbestimmungen möglich, jedoch dürfe hierdurch keine Knebelwirkung entstehen.

**Stv. Kunkel-Grätz** erinnert daran, dass die Wohlfahrtsverbände viele Erfahrungen beim Thema SIM vorweisen könnten und möchte wissen, ob seitens der Verwaltung die Möglichkeit der Rücknahme der Zuwendung bestehe, falls man mit der Arbeit der Caritas nicht zufrieden sei.

**Bgo. Herz** sieht in einem solchen Fall eine gerichtliche Auseinandersetzung vorprogrammiert und bezweifelt ausreichende Einflussmöglichkeiten.

**Stv. Lukat** betont, in der WLH-Fraktion seien die von der Verwaltung in der Ursprungsvorlage genannten Vorteile einer komplett städtischen Aufgabenerfüllung durchgefallen. Daher werde die WLH-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehnen. Sie bittet um eine Sitzungsunterbrechung, um den anwesenden Hr. Gärtner von der Caritas Mettmann hören zu können.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** ist der Meinung, EHC kümmere sich nicht um die Wohnungslosen. Auch städtisches Personal sei bisweilen einer großen Fluktuation unterworfen, auch hier könne das Wissen verloren gehen. Auch die Caritas habe in der Vergangenheit der Verwaltung in engen Zeitfenstern Tätigkeitsberichte abliefern müssen. Er unterbricht die Sitzung.

Während der Sitzungsunterbrechung führt **Hr. Gärtner** aus, während der Zusammenarbeit habe immer ein guter Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Caritas geherrscht. Bei der Beratung Wohnungsloser sei die Caritas zweifellos besser aufgestellt als EHC. Die Vereinbarung von Zielvereinbarungen sei schwierig, weil sich das zu beratende Klientel als wenig stabil erweise. Ein permanenter Umgang mit diesem Personenkreis sei das Wichtigste.

**Stv. Morwind** möchte wissen, ob es früher auch Zielvereinbarungen zwischen Stadt und Caritas gegeben habe.

**Hr. Gärtner** erinnert sich, dass recht stringente Absprachen bestanden hätten.

**Stv. Lukat** fragt, ob die Caritas die Möglichkeit habe, die Aufgabe SIM ab dem 01.01.2022 via Zuwendungsbescheid zu übernehmen.

**Hr. Gärtner** erklärt, das Personal müsse neu zusammengesetzt werden, das frühere Netzwerk zu den Ehrenamtlichen bestehe aber noch.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt **Stv. Haberpursch** für die GAL-Fraktion, nicht der finanzielle Aspekt, sondern die Kontinuität der Arbeit sei entscheidend.

---

**Stv. Kunkel-Grätz** wirft ein, die Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit hätten gezeigt, dass es schwierig sei, gutes Personal für die öffentliche Verwaltung auf dem Stellenmarkt zu rekrutieren. Ein Wohlfahrtsverband sei hier sicher besser aufgestellt.

**Bgo. Herz** versichert, die Stadt Haan sei ein attraktiver Arbeitgeber und könne gute Konditionen, vor allem einen sicheren Arbeitsplatz, anbieten. Eine Personalreserve könne die Stadt zwar nicht vorhalten, dies sei aber bei anderen Arbeitgebern auch nicht anders.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** meint, es sei nie die Intention des SIA gewesen, primär nach dem Subsidiaritätsprinzip zu entscheiden. Rein Interesse halber könne im nächsten DOPA angefragt werden, wie viele Personalverfahren noch bei der Stadt anhängig seien. Man sei jahrelang gut mit der Arbeit der Caritas gefahren und solle nicht mit dem Schicksal der bedürftigen Menschen spielen. Er frage sich, was geschehe, wenn die Stadt kein Personal rekrutieren könne. Er möchte in Erfahrung bringen, welche Nebenbedingungen die Stadt einem Zuwendungsbescheid an einen Wohlfahrtsverband beifügen wolle.

**Stv. Lukat** formuliert einen alternativen Beschlussvorschlag.

#### **Beschluss:**

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des SIGA zu berichten, in welchem Umfang das SIM perspektivisch zum 01.01.2022 mit Zuwendungsbescheid an die Caritas des Kreises Mettmann vergeben werden kann.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **7./ Beantwortung von Anfragen**

---

#### **Protokoll:**

Die Anfrage der WLH-Fraktion zum Impfzentrum des Kreises Mettmann – Erreichbarkeit für Haaner Seniorinnen und Senioren – ist per Tischvorlage beantwortet worden.

Die Anfrage der GAL-Fraktion zur barrierefreien Homepage sei ebenfalls per Tischvorlage im Rahmen der HFA-Sitzung vom 26.01.2021 beantwortet worden.

## **8./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

**Hr. Sattler** hatte in seinem Bericht vergessen, dass, einige nennen es historisch, auch der BVV Gruitzen bei der Impfterminhilfe Haan mitmache.